

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin=Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Pettizelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Lohn- und Preisbewegung im Jahre 1927

Löhne und Preise im allgemeinen

Die Unternehmerpresse ist zurzeit geschäftig am Werke, der Öffentlichkeit die Meinung zu suggerieren, daß es den deutschen Arbeitnehmern gelungen sei, im Jahre 1927 ihre Lebenshaltung ganz beträchtlich zu verbessern. Dieses Bemühen sucht man noch dadurch zu fördern, daß häufig Berechnungen aufgemacht werden, die zahlenmäßig dartun sollen, daß die Arbeiter- und Angestelltenbezüge schneller gestiegen seien, als die Preise. Eine klare und nüchterne Betrachtung der Lohn- und Preisverläufe zeigt den wirklichen Sachverhalt. Da im Jahre 1926, im Durchschnitt gesehen, keinerlei Lohn- oder Gehaltserhöhungen, bei den Bauarbeitern sogar Lohnherabsetzungen, zu verzeichnen waren, müssen bei einer solchen Untersuchung die beiden letzten Jahre gemeinsam betrachtet werden.

Die Großhandelspreise sind von 135,8 (1913/14 gleich 100 gesetzt) zu Beginn 1926 nach anfänglichem Rückgang — Juni 1926: 131,9 — auf 139,6 im Dezember 1927 gestiegen, und zwar sind nicht so sehr die Rohstoffe, die Halbwaren und die Produktionsmittel im Preise gestiegen als vielmehr die sogenannten Konsumgüter. Diese Gruppe umfaßt gewisse Gegenstände des Hausrats und der Bekleidung. Im Jahre 1926 sanken die Preise hierfür, was man der Rationalisierung zuschrieb, während die Agrarprodukte im Preise stiegen. Seit Ende 1926 haben nun diese beiden Gütergruppen die Rollen vertauscht. Die Konsumgüter sind recht empfindlich nach oben gegangen, während die Preise der Agrarstoffe wieder nach unten gehen. Diesen für die Landwirtschaft ungünstigen Zustand, der auch früher schon zu beobachten war, hat man als Preisschere bezeichnet. Einige Zahlen mögen das starke Ausmaß der Steigerung der Preise für Konsumgüter veranschaulichen:

	Jan. 1927	Nov. 1927
Hausrat zusammen	148,6	162,5
Glas-, Porzellan- u. Steingutwaren	144,0	160,6
Gardinen	151,1	181,1
Hauswäsche	166,6	190,1
Bekleidung zusammen	152,1	176,7
Oberbekleidung für Männer	166,1	193,7
Oberbekleidung für Frauen	132,4	146,1
Leibwäsche	141,4	168,5
Wirkwaren	149,7	208,9
Schuhzeug	130,0	148,3

Die Preissteigerung der Konsumgüter war so stark, daß die geringe Senkung der Agrarprodukte von 140,3 im Januar 1927 auf 136,6 im Dezember in der Berechnung des Gesamtindex mehr als ausgeglichen wurde.

Man mißt gewöhnlich die Kosten der Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch die amtliche Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten. Diese enthält zunächst nicht den Lohnsteuerabzug und die Beiträge für Sozialversicherung. Die Belastung der Arbeitnehmerschaft durch beide Faktoren ist heute größer als vor dem Kriege. Weiter enthält sie keinen Hausrat. Wie die vorstehenden Zahlen beweisen, sind gerade diese Waren stark im Preise gestiegen. Die von der Lebenshaltungsziffer gemessenen Nahrungsmittel zeigen andererseits eine starke Steigerung der Ernährungsausgaben in den letzten zwei Jahren von 143,3 zu Beginn 1926 auf 152,8 Ende 1927 gegenüber 100 im Jahre 1913/14. Von der oben besprochenen Senkung der Großhandelsagrarpreise haben die Arbeitnehmer bemerkt nichts gemerkt. Die Preisentung der Agrarprodukte ist auf dem Wege des Güterumlaufs bei dem Zwischenhandel hängen geblieben. So kommt es, daß die Verteuerung der Lebenshaltung trotz Senkung der wichtigen Nahrungsmittel frei Hof des Landwirts für die Arbeitnehmer recht erheblich war. Schon der durch das Fehlen des Hausrats und anderer wichtiger, stark verteuerter Kulturbedürfnisse nicht ganz zuverlässige Reichsindex zeigt von Ende 1925 bis Ende 1927 eine

Steigerung von 7,15%. Im einzelnen waren folgende Tatsachen zu beobachten: Die Mieten wurden einige Male erhöht, die Ernährungskosten stiegen (trotz Fallens der Großhandelspreise für Agrarprodukte), die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung stiegen ebenfalls. Die Bekleidungs- und die von der Indexziffer gemessenen Güter des „sonstigen Bedarfs“, die im ersten Halbjahr 1926 gefallen waren, sind 1927 erneut in die Höhe gegangen. Würde man den stark verteuerten Hausrat einbeziehen und einige andere Dinge, so wäre zweifellos festzustellen, daß die Verteuerung noch stärker als 7,15% war. Auch die Steigerung der Wohnungsbaukosten in Neubauwohnungen bedeutet für die Arbeitnehmer, die in steigendem Maße in neuen Wohnungen zu wohnen gezwungen sind, eine stete Verteuerung ihrer Lebenshaltung, die über die von der Indexziffer für Lebenshaltungskosten gezeigte Verteuerung hinausgeht. Wir müssen also auf Grund der Preisverläufe feststellen, daß die Lebenshaltung sich in den letzten beiden Jahren um mehr als 7 v. H. verteuert hat.

Demgegenüber zeugen die Löhne und Gehälter nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts folgendes Bild: Der Wochenlohn gelernter Arbeiter in 12 Gewerbebranchen ist von 45,98 RM. Ende 1925 auf 49,42 RM. Ende 1927 gestiegen. Das Ausmaß der Steigerung beträgt 7,48 v. H. Die Gehälter der Kaufmannsgehilfen haben in dem genannten Zeitraum in den einzelnen Tätigkeitsgruppen der Tarifverträge Erhöhungen von 7 bis 7,8 v. H. erreicht. Somit ergibt sich, daß die Lohn- und Gehaltsbewegungen des letzten Jahres die Preisbewegung der zum Lebensunterhalt notwendigen Güter mehr schlecht als recht ausgeglichen haben. Von einer Verbesserung der Lebenshaltung kann keine Rede sein.

Wie verhalten sich nun

Bauarbeiterlöhne und Preise

zueinander? Die ersten Goldlöhne müssen als ausgesprochene Deflationslöhne auscheiden. Sie lagen anerkanntermaßen zu tief, waren zudem in erheblichem Umfang, z. B. unter Bruch bestehender Vereinbarungen, von den Unternehmern diktiert. Eine vergleichbare Lohnbasis bieten erst die Löhne, die von September bis November 1925 in Kraft traten. Wir folgen wieder der amtlichen Lohnstatistik. Danach betrug der Wochenlohn des Maurers im November 1925 55,35 RM., im Dezember 1927 59,13 RM. Das ist eine Steige-

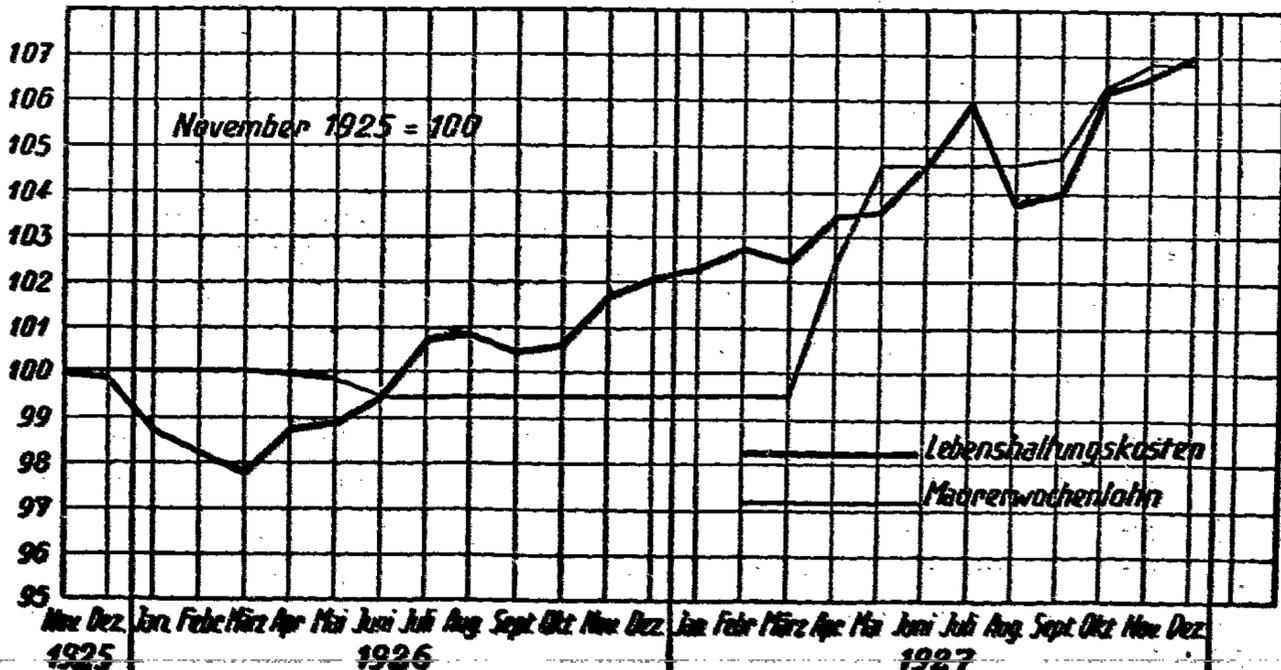
rung um 6,8 Prozent. Die Lebenshaltungskosten bezifferten sich nach der amtlichen Messung im Durchschnitt des Monats November 1925 auf 141,4, im Durchschnitt des Monats November 1927 auf 151,3. Das ist eine Steigerung um 7 Prozent. Noch anschaulicher wird das Bild durch die unten folgende Nebeneinanderstellung der Preis- und der Lohnkurve.

Also fast die Hälfte der Zeit seit Oktober 1925 lagen die amtlich errechneten Bauarbeiterlöhne unter der Preisverläufe. Das Gesamtergebnis ist, daß der Maurer mit seinem Wochenlohn im Dezember 1927 nicht mehr ganz soviel kaufen konnte, wie im November 1925. Für Außenstehende muß aber immer wieder ergänzend hinzugefügt werden, daß die Bauarbeiter ihren Wochenlohn nicht 52mal im Jahre verdienen, und daß dieser auch im Sommer gewissen Schwankungen unterworfen ist. Denn auch das muß zur Erläuterung der amtlichen Lohnstatistik gesagt werden: Sie errechnet theoretisch die Lohnhöhe, also die Lohnmöglichkeit auf Grund der tariflichen Vereinbarungen, berücksichtigt aber nicht die tatsächlichen Lohnausfälle infolge Regenfeiertagen, häufigen Wechsels der Arbeitgeber usw.

Leider muß befürchtet werden, daß die letzten vorgeschlagenen Erhöhungen der Eisenpreise, Preiserhöhungen auf anderen Warengebieten nach sich zieht und somit auch in diesem Jahre das Lohnstreben der Gewerkschaften wieder in der Hauptsache auf der Linie der Kaufkraftverhaltung des Lohnes verläuft. Die Lage ist um so ernster, als die Unternehmer, aber auch weitere Kreise, eine sozusagen prinzipielle Höchstgrenze des Lohnes festlegen möchten, nämlich die Vorkriegsreallohnhöhe. Ja, in vielen Wirtschaftszweigen gesteht man die nicht einmal zu.

Demgegenüber wollen wir deutlich aussprechen, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik höher hinaus strebt, auf ein Ziel, das wir in die Lösung kleiden möchten: Los vom Indexlohn, hin zum Kulturlohn! Wir erstreben einen Lohn, der nicht nur auf einem niedrigen Niveau den Teuerungsfortschritt recht und schlecht ausgleicht, sondern der auch die Arbeitnehmerschaft gerechten Anteil nehmen läßt am Kulturfortschritt der Nation. Es wird sich schon bald zeigen müssen, ob unsere Unternehmer reif sind für eine solche Lohnpolitik, die, wie das Beispiel Amerikas mit seiner blühenden Wirtschaft bei hohen Löhnen beweist, nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerschaft, sondern auch im Interesse der Wirtschaft gelegen ist.

Bauarbeiterlöhne und Lebenshaltungskosten seit November 1925



Änderung des Mieterschutzgesetzes

Die Beratungen im Wohnungsausschuß des Reichstags sind abgeschlossen. Die Beschlüsse liegen bereits gedruckt vor. In den nächsten Tagen wird das Plenum des Reichstages sich entscheiden müssen, ob es diesen Beschlüssen zustimmt. Die Frist läuft am 15. Februar ab, die Entscheidung drängt also. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte Anfang Oktober zu dem Problem Stellung genommen und in einer Kundgebung erklärt, daß er die beabsichtigte Änderung der einschlägigen Gesetze in der von der Regierung vorgezeichneten Form zurzeit für verfehlt halte. Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertrete vielmehr die Auffassung, daß es zweckmäßig wäre, die bestehenden und am 31. Dezember ablaufenden Gesetze ohne wesentliche Änderungen auf zwei Jahre zu verlängern. Dieser Mahnung scheint man nicht nachkommen zu wollen, sondern man ändert das Mieterschutzgesetz in einem wesentlichen Punkt. Um es gleich vorweg zu sagen: Es handelt sich um die Einführung des Kündigungsrechts.

Bisher war das Verfahren so: Wollte der Hausbesitzer einen Mieter entfernen, so konnte er nur unter Berufung auf die §§ 2-4 des Mieterschutzgesetzes beim Amtsgericht Antrag auf Zustimmung zur Kündigung einreichen. Das Amtsgericht entschied dann, ob der Kündigung stattgegeben werden solle, zu welchem Zeitpunkt, ob mit oder ohne Ersatzwohnung und dergleichen. Nach den Beschlüssen des Ausschusses für Wohnungsweien ist jetzt ein viel umständlicherer Weg gewählt worden, der, das wird jedermann zugeben müssen, zum Schaden der Mieter ausfallen und unsere Verwaltung stark belasten wird. Der Weg wird danach folgender sein:

Die Kündigung erfolgt seitens des Vermieters durch ein Kündigungsschreiben an den Mieter. Dieses ist bei dem Amtsgericht einzureichen. Das Amtsgericht prüft, ob das Kündigungsschreiben den Vorschriften entspricht. Ist es nach Auffassung des Gerichts nicht zulässig, so weist der Urkundsbeamte das Gesuch zurück. Gegen die Zurückweisung ist binnen einer Woche Erinnerung an das Gericht zulässig; dieses entscheidet dann endgültig. Hält das Amtsgericht die Kündigung für zulässig, so macht es, wenn es sich um Mietrückstände handelt, der Fürsorgebehörde Mitteilung, schickt das Kündigungsschreiben an den Mieter und setzt den Vermieter von der an den Mieter erfolgten Zustellung in Kenntnis. Der Mieter kann gegen die Kündigung bei dem Gericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle binnen zwei Wochen Widerspruch erheben. Wird rechtzeitig Widerspruch erhoben, so hat das Gericht den Vermieter hierüber unverzüglich zu benachrichtigen und dem Mieter eine Bescheinigung darüber zu erteilen, daß er rechtzeitig Widerspruch erhoben hat. Bis zum Ablauf von zwei Wochen kann der Vermieter die Anberaumung eines Termins zur Güteverhandlung über die Aufhebung des Mietverhältnisses beantragen. Kommt keine Einigung zustande, so entscheidet das Gericht endgültig.

Wir sind also auf großem Umweg mit vielen Schreibern und Anträgen dieser Artensünde dahin gelangt, wo man heute mit einem Schritt Angeht. Der Unterschied liegt nur darin: Jetzt muß der Vermieter Klagen, vorher hat der Mieter die Anträge beim Gericht, die Anträge beim Rechtsanwalt und die Zeitverschwendung. Was das in Großstädten und besonders auch auf dem Lande, wo das Amtsgericht mehrere Stunden entfernt, und die Mieter mit den gesetzlichen Bestimmungen kaum vertraut sind, bedeutet, kann man sich vorstellen.

Die Vermieter spekulieren auch auf die Dummheit, Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit weiter Schichten, und sie werden sich nicht verpfeifen lassen. In vielen Fällen wird man es unterlassen, innerhalb der Frist von 14 Tagen rechtzeitig Einspruch zu erheben, und dann wird die Ermittlung (Zwangsermittlung) erfolgen. Da aber Wohnungen nicht genug vorhanden sind, werden viele Mieter auf der Straße stehen und keine Unterkunft finden. Gewiß müssen einmal wieder normale Verhältnisse Platz greifen, aber solange wir diese angenehme Wohnnot haben (durch die neueste Statistik wird festgestellt, daß eine Million Familien in Deutschland ohne eigene Wohnung sind), darf man einen so weitgehenden Schritt nicht gehen.

Gewiß, grundsätzlich bleibt das Mieterschutzgesetz bestehen. Auch die Gründe, die für die Kündigung maßgebend sind, bleiben nach wie vor dieselben, nur das Verfahren ist ein anderes, aber ein solches, das man nicht billigen kann, wenn man die Not der Mieter kennt, und wenn man sonst so viel über die Vereinfachung der Verwaltung redet.

Die Vermieter spekulieren noch auf etwas anderes. Sie wissen, daß dieses System nicht lange aufrechterhalten werden kann. Denn wird man es unter

Hinweis auf die Kompliziertheit und den Aufwand an Unkosten und Kraft und Zeit zu beseitigen versuchen, und dann hat man das Kündigungsrecht so, wie man es anstrebt, ohne Hemmungen. Vielleicht spekuliert man auch darauf, daß die Mieter, wenn sie gekündigt werden, freiwillig eine höhere Miete zahlen, nur um wohnen bleiben und die Kosten des Umzuges zu sparen, und so wird man auf diesem Wege das Reichsmietengesetz durchbrechen.

Das „Grundbesitz“, die Zeitschrift für Haus- und Grundbesitz, richtet einen Appell besonders an die Rechtsparteien und weist darauf hin, daß „der Quantität der Mieterwählermassen die Qualität der Hausbesitzer- und Mittelstandsstimmen gegenübergestellt werden müßte“. Weiter fordert das Blatt seine Anhänger auf, einzeln oder in Deputationen die Abgeordneten ihres Wahlkreises aufzusuchen, und sie zu bearbeiten: „Ihr müßt ihnen sagen, was Ihr

von ihnen verlangt; Ihr müßt sie zu beeinflussen suchen; ihr müßt ihnen drohen — ja wohl! drohen! — daß Ihr bei den Wahlen entsprechend quittieren werdet.“ So sucht man mit dem Hinweis auf die Wahlen einen Druck auf die Abgeordneten auszuüben, und manche werden diesem Druck nachgeben.

Sollten die Arbeiter, die Gewerkschaften, die gesamten Mieter nicht einen gleichen Druck auf die Abgeordneten ausüben! Im Zeichen des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts dürfen die Abgeordneten doch mehr Respekt vor der „Quantität der Mieterwählermassen“ als vor der „Qualität der Hausbesitzer und Mittelstandsstimmen“ haben. Aber wir wollen nicht politisch werden. Wir wollen nur zeigen, wie leider die Gesetzgebung durch parteipolitische und wahltaktische Gesichtspunkte stark beeinträchtigt wird.

Befoldungsreform und Arbeiterschaft

Kritische Bemerkungen zur Befoldungsreform

III. (Schluß.)

In Beamtenkreisen hat es nicht gefallen, daß christliche Arbeiterführer im Reichstag sich dagegen wehrten, daß für alle Beamten sofort die vorgezeichnete Gehaltserhöhung eintrat. Und doch war diese Forderung richtig und volkswirtschaftlich vernünftig. Die Gehaltserhöhung der Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet, daß monatlich für mehr als 100 Millionen Mark Kaufkraft eingeschoben wird. Dadurch steigt die Nachfrage nach Waren für den täglichen Gebrauch. Erhöhte Nachfrage führt zu einem Anziehen der Preise. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei, daß die erhöhte Nachfrage sich in einigen Großstädten und mittleren Städten einstellt. Denn die Behörden haben in diesen ihren Sitz. Von diesen Großstädten und einigen mittleren Städten erfolgen aber auch die Börsenwertungen für die Preise. Preissteigerungen wirken sich dann heute verhältnismäßig schnell im ganzen Lande aus. So werden aber auch fast alle Bevölkerungsteile durch die Preissteigerung getroffen. Wie man bei derartigen Auswirkungen die Meinung vertreten kann, die Befoldungserhöhung ginge andere Volksteile nichts an, ist schwer verständlich.

Jede Preiserhöhung wirkt aber in Deutschland ungünstig. Wir haben jetzt einen Preisindex, der gegenüber der Vorkriegszeit auf 150 steht. Während in anderen Industrieländern die Preise eine sinkende Tendenz haben, steigen sie in Deutschland an. Wir haben nicht nur die Weltmarktpreise erreicht, sondern vielfach überschritten. Damit wird aber die Frage aufgeworfen, ob Deutschland mit seinen Exportartikeln auf dem Weltmarkt noch wettbewerbsfähig ist. Je größer die Abhängigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt werden, desto schneller wird die günstige Inlandskonjunktur ihr Ende erreichen. Man wird es deshalb als einen Fehler bezeichnen müssen, daß auf einmal die gesamte Beamtenchaft eine Gehaltserhöhung erhielt. Es wäre richtiger gewesen, die Befoldungserhöhungen nach einander für die Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden vorzunehmen. Mit großem Rummel und Schwärmerei lassen sich volkswirtschaftliche Erscheinungen nicht ändern.

Gegen diese Auffassung könnte eingewandt werden, die Arbeiterschaft solle versuchen, die Tendenz durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird sich dagegen wehren, daß eine Verschlechterung des Reallohnes erfolgt. Die gesamte Unternehmerschaft, die bei der Befoldungsreform geschwiegen hat, hat kein Recht, gegen Lohnerhöhungen Einspruch zu erheben. Summieren wir, wie schwierig es ist, Lohnerhöhungen für die Arbeiterschaft in den verschiedensten Berufen durchzusetzen. Es ist viel richtiger, eine Preissteigerung zu verhindern, als der Arbeiterschaft den Rat zu geben, eingetretene Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen auszugleichen.

Durch die Befoldungserhöhung erwachsen Reich, Ländern und Gemeinden Mehrausgaben von 1 1/2 bis 1 3/4 Milliarden Mark. Da die Beamtenchaft weit besser bezahlt wird als wie jede ähnliche Betätigung in der Privatwirtschaft, so wäre es bei dieser Gelegenheit am Platze gewesen, für die Besserstellung der Sozialrentner und der Pensionäre der Werkpensionsklassen zu sorgen. Die Landesversicherungsanstalten verloren durch die Inflation 22 Milliarden Mark. Die monatlichen Renten betragen 1926 im Durchschnitt 29 Mark für einen Invalidenrentner. Die Beiträge sind um das Dreifache erhöht worden. Die Renten sind etwa der Geldbewertung angepaßt. Damit nicht genug. Die Invalidenversicherung hat sehr große Lasten durch den Krieg aufgeladen bekommen. Unterernährung und Kriegstrapagen wirken sich bei den Versicherten der Landesversicherungsanstalten aus.

Hart getroffen sind auch sehr viele Arbeiter, die während vieler Jahre ihre Beiträge in die Werkpensionsklassen zahlten. Nur ein Bruchteil der Werkpensionsklassen hat die Rentenzahlung wieder aufge-

nommen. Viele Arbeiter werden heute mit einer lächerlich geringen Rente abgepeist. Es ist unbillig, zu verlangen, daß die Arbeiterschaft die Lasten des verlorenen Krieges allein trägt. Die Landesversicherungsanstalten waren verpflichtet, ihre Reserven in Reichs- und Staatspapieren anzulegen. Die Aufwertung beträgt nur 12 1/2 Prozent. Für die Invalidenrentner und Werkpensionsrentner zu sorgen, ist die Pflicht des Reiches. Unverschuldet sind arbeitsunfähige Arbeiter in Not geraten. Wenn durch Gesetz die pensionierten Beamten erhöhte Pensionen erhalten und für ganz arme in Not befindliche Menschen nichts übrig bleibt, dann ist das eine antisoziale Gesetzgebung. Darüber können noch so schöne Worte nicht hinwegtäuschen.

Die Beamten werden, abgesehen von den wirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches, der Länder und Gemeinden, besoldet durch die Steuern. Die breiten Schichten in Deutschland sind nun an der Aufbringung der Steuern sehr stark beteiligt. Nachstehend eine Uebersicht über Steuern, die vorwiegend die breiten Massen belasten:

	Millionen Mark
Lohnsteuer	1 300
Umsatzsteuer	1 050
Personenbeförderungssteuer	180
Zölle	1 050
Zakassensteuer	760
Zuckersteuer	140
Biersteuer	370
Spiritusmonopol	270
Bündwarensteuer	11,4
Seuchtmittelsteuer	8
	5 139,4

Tatsächlich ist die unmittelbar von den breiten Massen aufzubringende Steuer höher. Denn die Zölle werden in diesem Jahre höchstwahrscheinlich 1 1/2 Milliarden RM. bringen. Und bei vielen andern Steuern zahlen die breiten Schichten die Steuern mit in den erhöhten Warenpreisen. In der Steuerliteratur ist die Frage der Steuerabwälzung ein bekanntes Kapitel. Nicht immer kann sich der Konsument gegen Warenpreiserhöhungen wehren, die durch Steuererhöhungen eintreten. Ungerechnet auf den Anteil, den die breiten Schichten der Lohnarbeiter vom Volksreineinkommen bei ihrer Masse erhalten, ist die steuerliche Belastung nicht gering.

Der Deutsche Beamtenbund hat es dem Kollegen Siegerwald sehr verübelt, daß er die Ansicht vertreten hat, die Beamtenchaft müßte sich ihrer veränderten Rolle im Volksstaat bewußt sein. Es wird gegen Siegerwald eingewandt, daß der frühere Obrigkeitsstaat die Beamten anständig bezahlt habe. Wer die frühere Befoldungsordnung mit der heutigen vergleicht, wird das zum mindesten in wichtigen Punkten bestreiten. Früher begann ein Volksschullehrer seine Laufbahn mit einem Gehalt von 80 bis 90 Mark den Monat. Dem Briefträger wurden einige 60 Mark zunächst gezahlt. Solche Gehälter gibt es heute, auch wenn man die Geldentwertung dazu-rechnet, sicher nicht mehr. Die frühere Bezahlung war wirklich oft unzureichend. Die Beamten vergessen aber in ihrer großen Mehrheit, daß sie früher fast gar keine Rechte hatten. Der alte Staat duldete keine Beamtenverbände, die ihm vorschreiben wollten, wie der Beamte bezahlt wurde. Wer sich nicht der strengen Disziplin einfügte, der flog. Heute ist es soweit gekommen, daß die Beamten den Staat regieren. Möglichst viel Freiheit und möglichst viel Rechte neben einem guten Einkommen und gesicherter Lebensstellung, das sind die Forderungen vieler Beamtenorganisationen. Den Lohnarbeitern aber werden die Lasten aufgebürdet, ihnen bleibt der Kampf um die Existenz. Die Lohnarbeiter sind den Wechselwirkungen der Konjunktur unterworfen. Arbeitslosigkeit und kärgliches Einkommen während dieser Zeit stehen immer wieder in Aussicht. Dazu kommt, daß heute viele Arbeiter in der Mitte der

vierziger Jahre vielfach nicht mehr beschäftigt werden. Und auch der kleine Bauer, der kleine Handwerker und Kaufmann wird die Beamtenbesoldung kritisch betrachten. Wie viele kleine Bauern haben heute kaum ein Einkommen von 2000 bis 2500 Mark. Dafür muß er sich plagen von früh bis spät. Dann kommt vielleicht ein Unwetter und vernichtet seine ganze Arbeit.

So fährt die letzte, stark überspannte Besoldungserhöhung dazu, daß die Beamten eine privilegierte Stellung erhalten gegenüber denen, die unmittelbar in der produktiven Wirtschaft harte Arbeit verrichten. Der Gegensatz gegen die Beamten kann nicht ausbleiben. So wird täglich vom Volksstaat geredet, es werden aber fortgesetzt starke Gegensätze geschaffen, die zu einer Zerküftung des Volkes führen. Das ist das Bedauerliche an der gesamten Besoldungsreform.

Was ist dagegen zu tun? Die Arbeiterschaft muß sich weit stärker um die Dinge in der Öffentlichkeit kümmern, als das bisher geschehen ist. In weit stärkerer Weise, wie das bisher geschehen ist, gilt es, sich Einfluß in den Parteien zu verschaffen. Wir müssen fordern, daß die Arbeiterschaft entsprechend ihren Stimmen und ihrer Bedeutung auch eine parlamentarische Vertretung erhält. Bescheidenheit in der Politik ist Dummheit. Wer bescheiden ist, zählt mit Gewißheit die Zeche. Vielfach fehlt der christlichen Arbeiterschaft der Angriffsgewinn und die Beharrlichkeit und Zähigkeit im politischen Kampfe. In diesem Punkte muß unbedingt ein Wandel eintreten.

Die Beamtenbesoldung ist in ihrer Auswirkung wenig bekannt. Deshalb gilt es, Aufklärungsarbeit zu treiben. Gelegenheit dazu ist überall gegeben. Es ist nur erforderlich, die sachlichen Gründe darzulegen, dann wird die Wirkung nicht ausbleiben.

Die letzte Besoldungsreform bedeutet für die deutsche Lohnarbeiterschaft eine verlorene Schlacht. Das wird sich noch zeigen. Aus den letzten Erfahrungen gilt es die Konsequenzen zu ziehen. Auch Niederlagen sind zur Erkenntnis der Wirklichkeit unvermeidlich. Ziehen wir die richtige Lehre aus den letzten politischen Ereignissen und sorgen wir für den nötigen Einfluß in den demnächst zu wählenden Parlamenten.

Julius Windberg.

Allgemeine Rundschau

Internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften in München

Der Leitende Ausschuß der Christlichen Gewerkschaftsinternationale, der am 1. Februar in Straßburg eine Sitzung abhielt, hat beschlossen, den vierten internationalen Kongreß am 26., 27. und 28. September 1928 in München abzuhalten.

Der Kongreß wird als Hauptberatungsgegenstände die Fragen der Konzentration und der Rationalisierung behandeln.

In Sachen der Konzentration wird sich ein erstes Referat besonders mit der nationalen Konzentration und der Gesetzgebung und ein zweites Referat mit der internationalen Konzentration befassen.

Ueber die Rationalisierung wird ein erstes Referat die Rationalisierung im allgemeinen und ihre wirtschaftlichen Vorteile und ein zweites die Folgen der Rationalisierung und die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung und des Staates behandeln.

Weiter werden der Stand und die Aufgaben der internationalen Sozialpolitik Gegenstand der Beratung bilden.

Der Kongreß wird sich weiter mit dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes und mit einer Revision der Statuten befassen.

Mit dem Kongreß wird eine Konferenz der Gewerkschaftsjugendführer verbunden werden.

Ueber die Abhaltung einer Arbeiterinnenkonferenz und einer Konferenz der Fachinternationalen ist noch kein Beschluß gefaßt worden.

Aus dem Verbandsleben

Magen. Wenn wir im Magener Wirtschaftsgebiet von keiner guten Baukonjunktur reden können, so war die Arbeitsgelegenheit doch im Jahre 1927 bedeutend besser als im Jahre 1926. In der Stadt Magen selbst brachte der städtische Wohnungsbau die meiste Arbeitsgelegenheit. In Alsdorf wurden größere Kesselanlagen und andere Erweiterungsbauten der Zechenanlagen ausgeführt. In Stolberg, Schmeider, Weisweiler boten die Industriebauten, im Kreise Geilenkirchen die Bergmannsiedlungen den Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit.

Mit der besseren Konjunktur war auch eine bessere Agitationsmöglichkeit gegeben. Der Erfolg konnte noch bedeutend größer sein, wenn viele Kollegen, statt nur zahlende, auch werbende Mitglieder sein wollten. Leider müssen wir feststellen, daß uns bei der Agitation die Kollegen nicht im geringsten unterstützen. Auf den Zechenanlagen ist die Agitation am schwierigsten, indem für die Bauarbeiter-Sekretäre Platzverbot besteht.

Die Einhaltung der Arbeitszeit brachte uns manche Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern, aber auch mit einem Teil der Bauarbeiter selbst. In sehr vielen Fällen sind es die Stammeute der fremden Industriebauunternehmen, welche die Schwierigkeit machen. Aber

Am 18. Februar 1928 ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1928 fällig.

auch manche ansässigen Kollegen können nicht begreifen, daß sie, trotz ihrer längeren Arbeitszeit, von den Arbeitgebern als Faulenzer angesehen werden müssen, denn wer die Ansprüche der Arbeitgeber, betreffend Arbeitsleistung, erfüllt, der kann auch keine Minute länger als acht Stunden pro Tag arbeiten.

Im allgemeinen werden da, wo die Kollegen der Organisation angehören, die tariflichen Bestimmungen eingehalten.

Die Ausnahmestimmungen gegen die Bauarbeiter in der Erwerbslosenversicherung betreffend Wartezeit haben in unserem Verwaltungsbezirk zu einem wilden Durcheinander geführt. Bei dieser Angelegenheit konnte man aber auch die soziale Einstellung mancher Geschäftsführer der Arbeitssämter kennenlernen. Das Arbeitsamt Lachen hat sofort nach Bekanntwerden der berühmten Verordnung beim Landesarbeitsamt Düsseldorf den Antrag gestellt, die Wartezeit der Bauarbeiter auf sieben Tage herabzusetzen, und ist diesem Antrag auch entsprochen worden. Der Geschäftsführer des Arbeitsamtes Stolberg lehnte es ganz entschieden ab, einen solchen Antrag zu stellen. Der Herr konnte ein Bedürfnis bei den Bauarbeitern nicht feststellen.

In Erkelenz hatte unser Antrag den Erfolg, daß nur für einzelne Bürgermeistereien die Wartezeit herabgesetzt wurde. Das Arbeitsamt Jülich ist wohl das sozial am rückständigsten im ganzen Regierungsbezirk. Dort werden die alten Bauarbeiter von einem jungen Angestellten noch obendrein verhöhnt. Dieser Sachwalter der Republik müßte ein Jahr lang so einem richtigen Antreiberpolter als Hilfsarbeiter unterstellt sein. Die Behandlung der Wartezeit geschieht vielfach nach Willkür. Es kommt vor, daß von Kollegen, die bei derselben Firma beschäftigt waren, zu demselben Arbeitsamt gehören, dieselben Entlassungsgründe hatten, der eine sieben Tage und der andere vierzehn Tage Wartezeit durchmachen mußte. Diesem Durcheinander muß unbedingt ein Ende gemacht werden.

In Rechtsangelegenheiten wird das Sekretariat außerordentlich in Anspruch genommen. Leider erfährt man in den wenigsten Fällen den Erfolg. Soweit wir feststellen konnten, waren es 1145 Mark die für die Kollegen durch das Sekretariat herausgeholt wurden.

Allen Kollegen für ihre Mitarbeit besten Dank!
Ant. Pimmerich.

Bezirk Berlin. Nachdem am 1. April 1927 der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe in Kraft getreten war, folgten sofort die Verhandlungen zum Abschluß von bezirklichen Lohn- und Arbeitstarifen. Diese Verhandlungen gestalteten sich in einigen Wirtschaftszweigen so schwierig, daß dort bis heute Bezirksverträge nicht zustande gekommen sind. Im Freizeitrat S a c h e n haben wir einen Bezirksvertrag nur für den Hochbau bekommen. Dem Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverband, Bezirksverein 8, paßte die Arbeitszeitregelung nicht, und er steht deshalb abseits. Auch in Brandenburg haben wir nur für den Hoch- und Tiefbau, also unter Ausschluß des Betonbaues, einen Vertrag zustande gebracht. In Berlin, wo besondere Bezirksverträge abgeschlossen werden, haben wir zurzeit sechs Spezialverträge für das Baugewerbe.

Besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über die Lehrlingsfrage und die Arbeitszeit. Letztere wurde nur in dem Vertrage für den Freistaat Sachsen geregelt. Die Regelung der Lehrlingsfrage hat nicht das gebracht, was wir erhofften. Immerhin ist der Anfang gemacht. Bei späteren Abschlüssen müssen Verbesserungen durchgeführt werden.

Bekanntlich bestimmt der Reichstarifvertrag in § 6 Absatz 2, daß die Zahl der Lehrlinge in einem Betriebe in ein bestimmtes Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Gesellen zu bringen ist. Zu diesem Zwecke fanden in R o s t o c k bereits mehrmals Verhandlungen statt, die aber deshalb zu keinem Ergebnis geführt haben, weil die Handwerkskammer für die beiden Mecklenburg schon Richtlinien herausgegeben hatte, welche bis zu 1 Gesellen 3 Lehrlinge, für je weitere 3 Gesellen 1 Lehrling bis zur Höchstzahl von 10 Lehrlingen zulassen. Das besagt, daß ein Arbeitgeber, der keinen einzigen Gesellen beschäftigt, drei Lehrlinge halten kann. Unser Einwand, daß ein Arbeitgeber ohne Gesellen nicht in der Lage ist, drei Lehrlinge wirklich auszubilden, fand bei den Vertretern der Handwerkskammer keinen Anklang, im Gegenteil glaubten sie uns den Vorwurf machen zu sollen, wir wollten einen Facharbeitermangel künstlich heraufbeschwören, um bessere Lohnpolitik machen zu können. Bei solcher Sachlage kann es nicht wundernehmen, daß die Verhandlungen scheiterten. Es das Tarifamt nun die Frage entscheiden wird, bleibt abzuwarten.

Die Arbeitszeit, die bei dem Abschluß der Verträge eine besondere Rolle gespielt hat, versuchen auch heute noch die Arbeitgeber zu verlängern. Nachdem der Reichsarbeitsminister eine zentralamtliche Regelung abgelehnt hat, versucht man über die Landesregierungen zum Ziele zu kommen. So fanden am 30. Januar dieses Jahres im Staatsministerium in Schwerin Verhandlungen über eine längere Arbeitszeit in den Sommermonaten für das Baugewerbe in den beiden Mecklenburg statt. Trotzdem in Mecklenburg eine Vereinbarung besteht, die besagt, daß es bis zur zentralen Regelung bei der alten Arbeitszeit verbleiben soll, bemühten sich die Arbeitgeber um

den Nachweis, daß diese Vereinbarung durch das Staatsministerium aufgehoben werden könnte. Wir haben erklärt, daß wir eine amtliche Maßnahme, die eine Vereinbarung zwischen den Parteien aufheben will, als einen widerrechtlichen Eingriff in das Tarifwesen betrachten müssen. Weiter betonten wir, daß, solange noch arbeitslose Facharbeiter vorhanden seien, wir überhaupt keine Möglichkeit sehen, über eine Arbeitszeitverlängerung zu sprechen. Der Entschluß des Staatsministeriums steht noch nicht fest, aber wir hoffen, daß es sich unseren Argumenten nicht verschließt und den Antrag der Arbeitgeber auf eine Verlängerung der Arbeitszeit ablehnt.

Bei den von den Bauarbeiterverbänden unternommenen Versuchen, unbillige Härten in bezug auf die Wartezeit der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, ergaben sich besonders in der Grenzmark Schwierigkeiten, die teilweise zugunsten unserer Kollegen erledigt und teilweise noch in der Schwebelage sind. U. a. mutete man unseren Kollegen in Kalau zu, Steinblagarbeiten im Afford zu machen. Daß bei dieser berufsfernen Arbeit unsere Kollegen natürlich nicht den Lohn eines Facharbeiters verdienen können, ist klar. Aus diesem Grunde haben die Kollegen die Affordarbeit verweigert und einen entsprechenden Zuschlag verlangt. Die Folge war die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung. Auf unsern Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes in Meseritz wurde in der Sitzung vom 2. Februar dieses Jahres beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung wieder auszusprechen.

Glabbeek (Nahresbercht). Das Jahr 1927 war für unsere Verwaltungsstelle ein Jahr des Fortschritts. Die Bautätigkeit war im allgemeinen sehr reger. Die Zahl der erstellten Neuwohnungen beträgt 1336. Davon entfallen 1250 auf Neubauten und 86 auf Umbauten. Gegenüber dem Jahre 1926 ist dieses ein Mehr von circa 600. Trotz dieser verhältnismäßig guten Bautätigkeit besteht die Wohnungsnot ungewindert fort. Am 1. Dezember betrug die Zahl der Wohnungssuchenden in den Kommunen unserer Verwaltungsstelle 7850. Bemerkenswert hierbei ist, daß die Zahl der Wohnungssuchenden, die zwei und drei Zimmer beanspruchen, 6500 beträgt. Der Rest verteilt sich auf Vier-, Fünf- und Mehrzimmerwohnungen.

Die Aussichten des Wohnungsbauens im Jahr 1928 sind nicht gerade günstig. Soweit wir von den einzelnen Bauämtern Auskunft erhielten, beträgt die Zahl der Baugesuche circa 900. Finanziell gesichert sind ungefähr 500 Wohnungen. Für die übrigen müssen die Baugelder noch beschafft werden. Unseres Erachtens ist es Aufgabe der Kommunalverwaltungen, hier neben dem Hauszinssteueraufkommen noch etwas Besondere zu tun. Wir sehen im Anleihenweg das einzige Mittel, um die Wohnungsnot endlich wirksam zu bekämpfen. Aber selbst wenn alle 900 Wohnungen, die vorgesehen sind, gebaut werden, dann ist dieses absolut nicht ausreichend. Nach unserer Berechnung müßten für die nächsten 10 Jahre jährlich mindestens 1800—2000 Wohnungen gebaut werden, um den Mehrbedarf an Wohnungen zu decken.

Die gewerbliche Bautätigkeit war sehr reger. Es wurden ungefähr 35 Geschäftshäuser- und -umbauten errichtet. Hierunter befindet sich eine Anzahl schöner Bauwerke. Jedoch halten wir die kostspielige Ausstattung solcher Bauten in der heutigen Zeit für überflüssig. Auch für das laufende Jahr ist eine Anzahl Geschäftsbauten teils begonnen, teils in Aussicht genommen, so vor allem in Buer, Vottrup und Glabbeek.

An öffentlichen Bauten wurde im vergangenen Jahre eine ganze Reihe vollendet. Auch für dieses Jahr ist eine Anzahl öffentlicher Bauten geplant. Auch hierbei möchten wir zu weiser Sparsamkeit mahnen. Bei der großen Wohnungsnot ist jede unnötige Geldausgabe unangebracht.

Die Industriebautätigkeit war verhältnismäßig gut. Neben einigen Betriebsvermehrungen der Stinnes-Schächte begann der Rheinthal-Konzern in Vottrup-Wellheim eine große Zentralfabrik. Auch die Nordsternschächte traten mit einem solchen großartigen Bauwerk an der Grenze zwischen Paris und Gelsenkirchen auf den Plan. Diese beiden industriellen Anlagen werden im Laufe des Frühjahrs vollendet. Für dieses Jahr sind auf den fiskalischen Rechen Scholven und Bergmannsglück größere Betriebsvermehrungen vorgesehen.

Die Lohnregelung nahm gemäß den Bestimmungen des Reichs- und Bezirksstarifvertrages einen friedlichen Verlauf. Erfreulicherweise gelang es, die Löhne für die Lehrlinge in den Bezirksstarifvertrag einzugliedern. Leider kann sich eine Anzahl Arbeitgeber immer noch nicht damit abfinden. Wir waren daher gezwungen, in einigen Fällen Klage bei den Arbeitsgerichten anzupflegen. Hoffentlich ziehen die übrigen Arbeitgeber hieraus die entsprechenden Lehren.

Der Bauarbeiterschutz wurde in unserer Verwaltungsstelle weiter ausgebaut. Es gelang uns, neben dem Baukontrolleur in Buer, der dort schon jahrelang erfolgreich tätig ist, einen Kollegen in Vottrup und einen in der Gemeinde Besterholt neu zur Anstellung zu bringen. Für die übrigen Kommunalverwaltungen werden wir dieses Ziel ebenfalls zu verwirklichen suchen.

Bei den Krankenkassenwahlen schnitten wir gut ab. Circa 20 Vorstands- und Ausschussmitglieder werden aus den Reihen unserer Kollegen gestellt.

Auch bei den Arbeitsgerichten sind wir beteiligt. Wir stellen zwei Arbeitsrichter. In Glabbeek ist der Kollege Stinzig und in Voholt der Kollege Poltmann tätig.

Entsprechend der guten Konjunktur achtsamste sich die Mitgliederbewegung. Durch Neuauf-

nahmen und Uebertritte aus anderen Verbänden wurden 867 Mitglieder gewonnen. Darunter befinden sich 776 Vollmitglieder und 91 Lehrlinge. Dieses gute Ergebnis war nur durch die intensive Mitarbeit der Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Baudelegierten möglich. Von den ausgegebenen Preisen des Hauptvorstandes konnten 19 goldene, 10 silberne, 14 bronzenne Medaillen und ein Buch vererbt werden. Im ganzen wurden 44 Kollegen ausgezeichnet.

Ganz besonders freuen wir uns, daß es uns gelang, eine Anzahl Jugendgruppen zu bilden. Mehr als 96 Lehrlinge und 60 ungelernete jugendliche Arbeiter werden in diesen vereint.

Das Versammlungswesen war nicht ganz zufriedenstellend. Durchschnittlich waren die Versammlungen von 80-40 Prozent der Kollegen besucht. Die Geschäftsleitung nahm an 138 Mitgliederversammlungen und 47 Vorstandsmännerversammlungen teil. 126 Vorträge wurden über gewerkschaftliche, sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen gehalten.

Die Beitragsleistung entsprach im allgemeinen den Satzungen. Jedoch muß in den einzelnen Ortsgruppen Wert darauf gelegt werden, daß mit den beitragsfreien Marken kein Mißbrauch getrieben wird. Das sind wir uns und unserer Bewegung schuldig. Die Gesamtjahreseinnahme betrug 49 555,56 RM.

Die Tätigkeit des Sekretärs erwies im Berichtsjahre eine bedeutende Steigerung. Die Tätigkeit erstreckte sich neben der Kartenkontrolle auch auf die Erledigung von Streitfragen auf arbeitsrechtlichem Gebiet. In 75 Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern wurde für die Mitglieder die Summe von 576,11 RM. erzielt. Außer diesem geldlichen Vorteil wurde den Mitgliedern durch Anfertigung von Schriftsätzen für Behörden in 46 Sachen geholfen. In 15 Angelegenheiten konnte den Mitgliedern auf der Geschäftsstelle mündlich Rat und Auskunft erteilt werden.

Der schriftliche Verkehr war sehr umfangreich. Es gingen während des Berichtsjahres an Poststufen ein: 625 Briefe, 413 Postkarten, 378 Drucksachen, 69 Pakete, 135 Zahlkarten und Postanweisungen und 4 Telegramme. Von der Geschäftsstelle wurden versandt: 869 Briefe, 516 Postkarten, 1575 Drucksachen, 29 Postanweisungen und Zahlkarten, 19 Pakete und 3 Telegramme.

Mit den konfessionellen Vereinen wurde im Berichtsjahre in der bisherigen freundschaftlichen Weise zusammengearbeitet. Dieses freundschaftliche Band soll und muß auch in diesem Jahre durch gegenseitige Ergänzung und Stärkung weiter gefestigt werden. Das erfordert die beiderseitige Grundeinstellung und die Gesamtbewegung.

Die Sprechstunden auf dem Sekretariat (Dienstags und Freitags) wurden rege in Anspruch genommen. Doch muß Wert darauf gelegt werden, daß nur an diesen Tagen das Büro am Rat und Auskunft aufgesucht wird, da sonst ein ordnungsmäßiger Betrieb nicht gewährleistet ist und mancher Gang seitens der Kollegen vergeblich getan wird.

Mit vorliegendem Jahres- und Geschäftsbericht ist ein kleiner Ueberblick über die Tätigkeit unseres Verbandes in der Verwaltungsstelle gegeben. Er zeigt, daß die gewerkschaftliche Organisation an Bedeutung gewonnen hat. Wir sind zahlenmäßig und finanziell erstarkt. Das muß alle Mitglieder anspornen, auch in diesem Jahre mit ganzer Kraft an der weiteren Stärkung unseres Verbandes zu wirken. Dazu gehört neben der ausdauernden ehrenamtlichen Tätigkeit vor allem Vertrauen zu der Organisation und ihrer Führung. Treue und Fröhen, das soll unsere Losung sein. Nur wenn alle Mitglieder hiervon befeelt sind, ist der Erfolg sicher.

Zum Schluß sei allen wackeren Mitarbeitern für ihre geleistete Arbeit der wärmste Dank ausgesprochen. Möge ihr Beispiel sich auf die übrigen Mitglieder übertragen!

Josef Gaig.

Henn i. B. Am Sonntag, dem 22. Januar, fand die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Kollege Schafer ließ in kurzen Zügen die Ereignisse des vergangenen Jahres an unserer geistigen Angelegenheit vorüberziehen. Zu Anfang des Jahres herrschte unter den Bauarbeitern noch große Arbeitslosigkeit. Dieser Umstand habe sich auch noch nicht wesentlich gebessert, als man nach Ablauf des Lohnabkommens in Lohnverhandlungen eintreten mußte. Die Unternehmer des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes nutzten die ungünstige Arbeitsmarktlage aus, indem sie uns einen Lohnabbau von 9 Prozent anboten. Durch die geschickte Taktik der Verhandlungsführer unsererseits gelang es, einen Schiedsspruch zu bekommen, der uns ab 2. 4. eine Lohnerhöhung in der Spitze von 7 Prozent brachte und ab 7. Sept. nochmals eine von 2 Prozent zum 1. März 1928 abgeschlossen. Außerdem wurde der Bezirksstarbvertrag unter Dach und Fach gebracht, aus dem wohl nicht allzuviel hervorgehen werden dürfte, daß wir ab 22. April 1927 wieder tariflich geregelt. Lehrlingslöhne haben, so daß seit diesem Zeitpunkt kein Lehrling, sofern er organisiert sei, unter Tarif zu arbeiten braucht. Manche Kollegen meinten, es sei ein Fehler gewesen, die Löhne für ein ganzes Jahr zu vereinbaren. Sie hätten nur auf die gute Konjunktur des Sommers, hätten die ungünstige Lage bei Ablauf der Verhandlungen verzichtet. Es hätte aber auch ganz anders mit der Konjunktur kommen können, und dann hätten die Bauarbeiter gegen einen Lohnabbau gekämpft sein. Zudem habe die Höhe des vergangenen Jahres, die wir dank des Lohnabkommens setzen, in Verbindung mit der guten Konjunktur, die allen Bauarbeitern Beschäftigungsmöglichkeit hat, zur Stärkung und Befestigung unseres Verbandes wesent-

lich beigetragen und auch dem einzelnen sei der ruhige Genuß des immerhin wesentlich erhöhten Lohnes gut zufließen gekommen. Der Mitgliederbestand von 13 000 und der Hauptkassenbestand von 1 200 000 M. am Schlusse des 3. Quartals seien dafür der beste Beweis und ein guter Rückhalt für die kommenden Lohnverhandlungen.

Aus der Tätigkeit des Sekretärs ist hervorzuheben: Im Laufe des Jahres haben stattgefunden:
153 Mitgliederversammlungen,
4 Verwaltungsstellenkonferenzen,
2 größere Baudelegierten- und Vertrauensmännerversammlungen für den Bereich der ganzen Verwaltungsstelle,
6 Vorstandssitzungen.

Teilgenommen hat der Sekretär an mehreren Bezirkskonferenzen, ferner an 37 Sitzungen verschiedenster Art (im Kartell, D.G.B., mit Behörden usw.), an 17 Schlichtungskommissionssitzungen, an 7 Sitzungen des Verwaltungsausschusses des Arbeitsnachweises. Ferner vertrat er in 8 Streitfällen Kollegen am Gewerbegericht bzw. Arbeitsgericht. Außerdem war er häufig als Arbeitsrichter tätig.

An Schriftsätzen sind herausgegangen: 798 Briefe, 312 Karten, 85 Päckchen, 63 Einzählungen, 1585 Drucksachen.

Durch Rücksprachen mit Firmen, Entscheidungen der Schlichtungskommission und Urteile des Arbeitsgerichtes wurde den Kollegen eine Summe von 789,95 M. an vorenthaltenem Lohn gewonnen.

Dem alten Vorstand wurde durch einstimmige Wiederwahl das Vertrauen bekräftigt.

Eine lebhafteste Aussprache entspann sich über die Arbeitslosenverföhrung. Die Delegierten jener Ortsgruppen, die leider noch immer eine dreiwöchentliche Karenzzeit haben, waren geradezu untröstlich und berichteten, daß viele Kollegen in dieser Beziehung gegen den Verband nörgeten und ihn für alles verantwortlich machten. Die Erbitterung über die ungerechte Behandlung sei unter ihnen groß. Kollege Schafer bemerkte, daß diese Maßnahme vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt getroffen sei. Nach Bekanntwerden derselben sei sofort von allen Bauarbeiterverbänden Protest erhoben worden. An Hand von Schriftsätzen wies er nach, daß sowohl der Hauptvorstand wie die Bezirksleitung und auch er selbst alles mögliche versucht hätten, um dieses Unrecht zu beseitigen. Wenn es trotzdem noch nicht überall gelungen sei, müsse bei den Arbeits- und Landesarbeitsämtern weiter beharrt werden.

Kollege Schriever-Berne führte aus, daß es ein Unrecht sei, daß die Arbeitslosenunterstützung nach dem tatsächlichen Verdienst bemessen würde, weil dadurch den Ueberstundenarbeitern Vorbehalt geleistet würde. Die Anwesenden stimmten ihm darin zu und sprachen den Wunsch aus, der Hauptvorstand möge bei den kommenden Verhandlungen bei den in Frage kommenden Behörden seinen ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß in Zukunft die Arbeitslosenunterstützung für die Bauarbeiter nur nach der gesetzlichen Arbeitszeit, das wäre augenblicklich im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet die 48-Stunden-Woche, bemessen würde. Alle gelobten, auch in Zukunft am Schlußabend teilzunehmen, um sich nicht durch einen Augenblicksvorteil die gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahre in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit zu verschlagen.

Kollege Schafer dankte zum Schluß noch allen Mitarbeitern des Jahres 1927 für ihre unermüdbliche Arbeit und knüpfte daran die Bitte, auch im neuen Jahr mit Eifer und Idealismus an der Stärkung des Verbandes zu arbeiten.

Winteragitation im Bezirk Frankfurt. Der Bezirk Frankfurt a. M. umfaßt eine ganze Anzahl Gebiete, in denen der Bauarbeiterstand seit Generationen stark vertreten ist. In diesen Gebieten gehört der Goldene Grund, der Westerwald, die Rarburger, Kirchhainer, Fuldaer, Rhön- und Sogelsberger Gegend. In te mit einigen hundert Bauarbeitern sind hier keine Seltenheit. Leider besteht aber nur für einen kleinen Teil derselben die Möglichkeit, in der Heimat oder deren näherer Umgebung Arbeitsgelegenheit zu finden. Der größere Teil ist gezwungen, sich außerhalb, fern von Heimat und Familie, Arbeit zu suchen. Ist die Entfernung zwischen Beschäftigungsort und Wohnort nicht allzu groß, fahren Samstags viele Bauarbeiter zurück, um den Sonntag bei ihren Familien zu verbringen. Diese Möglichkeit ist aber für sehr viele unserer Mitglieder nicht gegeben, und der Prozentatz, der den größten Teil seines Lebens in der Fremde verbringt, ist nicht gering. Eltern, Pfingsten und Weihnachten verfehlt man in der Familie, hinzu kommen meistens noch ein paar Wochen im Winter. Diese Zeit ist wohl schon seit Bestehen unseres Verbandes zu verbrücken beabsichtigt worden. In fast allen Rekrutierungsgebieten unseres Verbandes wurden Versammlungen abgehalten, um den vorhandenen Mitgliederbestand zu festigen und fernstehende zu gewinnen.

Auch in diesem Winter wurde eine ganze Anzahl Agitationsversammlungen in den verschiedensten Gebieten abgehalten. Eingeleitet wurde die Aktion durch zwei Konferenzen, die in Rengerskirchen und Pangenweilungen stattfanden. Hier sollten die Versammlungstermine mit den Vertrauensleuten besprochen und festgelegt werden. Die Teilnahme an diesen beiden Konferenzen ließ manches zu wünschen übrig. Wohl waren die anwesenden Kollegen beider Orte stark, die Nachbarorte dagegen schwach oder gar nicht vertreten. Die Folge war denn auch, daß die Versammlungen vielfach durch die Ortsstelle bekannt gemacht werden mußten. Die Teilnahme an den Ver-

sammlungen war nicht einheitlich. In einigen Orten, besonders dort, wo der Vertrauensmännerapparat gut funktioniert, waren alle Bauarbeiter zur Stelle, dagegen ließ in anderen Orten der Besuch zu wünschen übrig, war teilweise sogar kärglich. Anschließend kann gesagt werden, daß es im Westerwald eine ganze Anzahl Orte gibt, in denen unsere Organisation gute Ortsgruppen, sowie tüchtige Mitarbeiter besitzt. Dagegen sind aber auch Orte vorhanden, in welchen sich anscheinend jeder für die Organisationslosigkeit einstellt. Kollegen, die z. B. im vorigen Winter aufgenommen wurden, haben im Laufe des Sommers Gelegenheit gesucht und gefunden, sich wieder vom Verbande zu drücken. Diese Zahl ist nicht gering, gibt es doch Orte mit 60-80 Bauarbeitern, von denen keine fünf organisiert sind. Forscht man nach den Gründen dieses Zustandes, so findet man bald heraus, daß es nacker Egoismus ist, der die Leute von der Organisation abhält. Deren gegenwärtige Tätigkeit wird anerkannt, der Beitritt aber wegen der „hohen Beiträge“ abgelehnt. Diesen Kollegen, die vielfach im Sauer- und Siegerland beschäftigt sind, müssen wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen.

Nach der Bearbeitung des Westerwaldes wandten wir uns dem Limburger, Kirchhainer und Fuldaer Gebiet zu. Im Gegensatz zum Westerwald herrscht in diesen Gebieten gewerkschaftlicher Geist, die Konferenzen wuchsen sich zu Versammlungen aus. Die Tätigkeit unseres Verbandes, besonders das schnelle Eingreifen unserer Bezirksleitung um Verkürzung der Wartezeit beim Bezuge der Arbeitslosenunterstützung, wurde allgemein anerkannt. Andererseits wurden auch eine Menge Klagen vorgebracht, die sich in der Hauptsache auf die Arbeitsämter, Unterstützungen usw. bezogen und inzwischen im großen und ganzen beseitigt sind. Auch die den Konferenzen nachfolgenden Versammlungen waren durchweg gut besucht. Auffallend war der große Prozentatz jugendlicher Kollegen. Während wir noch vor einigen Jahren aber nur geringen Nachwuchs klagten, können wir heute feststellen, daß in diesen Gebieten die Jugend teilweise überwiegt. Unseren „Alten“, die zum Teil seit 20 und mehr Jahren in ihren Orten führend tätig sind, ist dieser Erfolg zu verdanken.

Noch einige Worte an die Bauarbeiter des Kreises Hünfeld und der angrenzenden Wetterarer Gde, soweit sie im Kaligebiet beschäftigt sind. Hier muß es in organisatorischer Hinsicht besser werden, wenn die Arbeitsverhältnisse dieses Gebietes gleichen Schritt mit der Entwicklung des übrigen Deutschlands halten sollen. Gewiß gibt es auch hier Kollegen, die in 15- bis 20-jähriger treuer, zäher Mitarbeit jenseits der unsrer Stand und unsere Organisation gewirkt haben, ihre Zahl ist aber zu gering. Die Jugend, die teilweise noch mehr Interesse für Sport und Spiel als für ihre Existenzbedingungen aufbringt, muß sich umstellen und letztere den Leibschubungen mindestens an Bedeutung gleich erachten.

Zum Schluß noch denjenigen Kollegen, die sich bei der Winteragitation als Mitarbeiter zur Verfügung stellten, herzlichen Dank! Die Bitterungsverhältnisse waren äußerst ungünstig, sibirische Kälte wechselte mit Tauwetter und Regen. Die Folge war denn auch, daß sich zwei Kollegen frühzeitig zu „Tode“ redeten und Schluß machen mußten. Inzwischen hat sich der eine wieder erholt und der andere wird hoffentlich auch bald folgen. Jedenfalls waren diese Opfer nicht zwecklos. D. Schleichner.

Weiden i. D. Am 29. Januar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Reichl, erstattete den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl stieg von 40 auf 86. Vor dem Kriege hatten wir schon 180 Mitglieder. Wir könnten wesentlich stärker sein, wenn das gewerkschaftliche Bildungsstreben größer wäre. Auf unseren alten, treuen Mitglieder Stamm können wir uns verlassen; er liest die „Baugewerkschaft“ und kennt darum gut den großen Wert des Verbandes. Die Wahl ergab in der Hauptsache die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, ein Zeichen, daß die Mitglieder mit ihm zufrieden sind. Unser Bezirksleiter, Kollege Schilling, sowie Kollege Sommer hielten in mehreren Versammlungen zeitgemäße Vorträge. Besten Dank auch an dieser Stelle! Unsere Verwaltungsstelle ist in verschiedenen Körperchaften vertreten. Zwei unserer Kollegen erhielten die goldene Verbandsmedaille, einer wurde zum Arbeitsrat ernannt. Der anwesende Bezirksleiter, Kollege Schilling, gab uns einen Bericht über das letzte Baujahr, welches nicht befriedigend konnte. Zum Schluß ernannte Kollege Schilling zu treuer Arbeit im neuen Jahr. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Bitte, es möchte in diesem Jahr jeder Kollege wenigstens einen Kollegen für den Verband gewinnen, damit wir die Zahl 180 wieder erreichen.

Sterbetafel

Am 26. Januar starb infolge eines Schlaganfalles unser treuer Kollege **Josef Boes** (Hilfsarbeiter) im Alter von 59 Jahren.
Ortsgruppe **Ghnnich**.
Am 1. Februar starb unser Kollege **Heinrich Walfshale** aus Schlangen i. Lippe im Alter von 59 Jahren an Lungentumor.
Verwaltungsstelle **Paderborn**.
Ehre ihrem Andenken!